

13.06.2023

PRESSEINFORMATION

Corona-Soforthilfen

Mittelstand und Grünen-Abgeordnete Sanne Kurz fordern Lösung zu Rückzahlungspflicht

Das Aufschieben der Frist bis Ende 2023 verlängere nur die Ungewissheit bei Unternehmen und Solo-Selbstständigen, kritisiert der BVMW Bayern gemeinsam mit Sanne Kurz, kulturpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen.

Der Verband Der Mittelstand.BVMW in Bayern und Sanne Kurz, Grünen-Abgeordnete im bayerischen Landtag kritisieren die auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums verkündete Entscheidung, die Frist für die Corona-Rückzahlungspflicht auf das Jahresende zu verschieben. Sie fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die Rückzahlungspflicht komplett auszusetzen – so lange, bis rechtssichere und gerechte Lösungen für die betroffenen Unternehmen und Solo-Selbstständigen erarbeitet worden sind.

Achim von Michel, Sprecher des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) in Bayern, erklärt: "Inzwischen ist auch in Bayern die erste Klage anhängig (Az. M 31 K 23.2594). Das Verwaltungsgericht München wird sich demnach mit der Rechtmäßigkeit der Rückforderungen, aber auch mit dem von der Staatsregierung aufgesetzten Verfahren der Online-Rückmeldung beschäftigen müssen. So lange hier kein Urteil vorliegt, ist es besser, das Online-Verfahren nicht zu nutzen und sich anwaltlich beraten zu lassen. Denn einmal zurückgezahltes Geld ist natürlich schwerer wieder zurückzubekommen. Es wäre an diesem Punkt sinnvoll und angebracht, das Rückzahlungsverfahren zunächst vollständig auszusetzen, bis ein Urteil zur Klage des mittelständischen Unternehmens aus der Region München vorliegt."

Dazu erklärt **Sanne Kurz**, kulturpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen:

„Die Rückmeldefrist auf nach der Landtagswahl schieben bringt den Betroffenen überhaupt nichts, die Söder-Regierung spielt auf Zeit, statt die Problemlösung endlich ehrlich anzugehen! Wir Grüne hatten mit unserem Dringlichkeits-Antrag beispielsweise Einzelfall-Beratung gefordert. Außerdem sollte man unbedingt abwarten, was die Gerichte zu der oft komplexen Gemengelage sagen, Klagen laufen auch in Bayern. Bayern hatte ja auch eigene Soforthilfen, dort wurde klar gesagt, Liquidität werde sofort geprüft, Rückzahlungen werde es nicht geben - und soll es jetzt doch geben. Mit diesem Zick-Zack-Kurs verspielen Söder & Co Vertrauen der Bevölkerung. Lösungen sind immer noch nicht in Sicht. Offenbar geht es der Söder-Regierung nur darum, dass der Soforthilfe-Schlag die Leute nicht vor der Wahl trifft. Die CSU-FW-Regierung muss hier endlich ihre Hausaufgaben machen und bayerischen Unternehmen und Solo-Selbstständige nicht länger an der Nase herumführen!“

Hintergrund:

Die Rückzahlungsforderungen der Bayerischen Staatsregierung zu den Corona-Soforthilfen sorgen seit Monaten für Kritik. Erst auf Druck der politischen Opposition und Wirtschaft wurde nachgebessert. Verlässliche und praktikable Lösungen gibt es aber immer noch nicht.